

(Die Essayfolge „Hilflos im Bann der Mitte“, die Ende Februar 2020 - noch vor der Corona-Krise - geschrieben wurde, erörtert die politische Lage in Deutschland. Sie erschien am 29.2., 1.3. und 3.3.2020 bei „Die Achse des Guten“)

Die parlamentarische Demokratie ist ein Suchverfahren. In Deutschland werden die Alternativen in diesem Suchverfahren unnötig eingeschränkt. Ein Plädoyer für den politischen Wettbewerb zwischen rechts und links.

Die parlamentarische Demokratie im Bann der „Mitte“

27. Februar 2020

In dem Text „Ihr seid verfemt!“ wurde gezeigt, wie die Bezeichnung „Faschisten“ als Mittel der politischen Verfemung die Garantien des Rechtsstaats zerstört - insbesondere die Garantien des Gerichtswesens (der Judikative). Es gibt aber noch einen zweiten Effekt: Wenn eine Partei als „faschistisch“ gebrandmarkt wird und jedes Zusammenwirken mit dieser Partei – und sei es auch nur punktuell – zum Tabu erklärt wird, wird die Souveränität des Parlaments (der Legislative). Dazu gehört auch die Anmaßung der Bundeskanzlerin, Forderungen an ein Landesparlament zu stellen. Merkel verlangte, dass die Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD „rückgängig gemacht“ wird. Bei diesen Übergriffen wurde bisher vor allem der Gesichtspunkt betont, dass es durch ein AfD-Tabu zu einer Links-Verschiebung des Parteienspektrums in Deutschland kommt. Es wird eine Dauer-Blockade auf der rechten „bürgerlichen“ Seite des Parlaments erzeugt. Eine eigene Mehrheitsbildung auf dieser Seite wird damit auf lange Zeit unmöglich gemacht. CDU und FDP sind immer darauf angewiesen, „übergreifende Koalitionen“ mit Partnern vom linken Spektrum (SPD, Grüne, Linkspartei) zu schließen.

Die parlamentarische Demokratie als Suchverfahren

Aber es gibt noch einen anderen, grundsätzlicheren Gesichtspunkt als die Links-Verschiebung. Man könnte ja, wie es die CDU getan hat, eine Art Doppel-Tabu beschließen, das sich sowohl gegen die AfD als auch gegen die Linkspartei richtet. Das würde bedeuten, dass sich der Parlamentarismus in Deutschland auf einen mittleren Korridor beschränkt – begründet durch eine besondere Extremismus-Gefahr in Deutschland. Doch diese Politik der Tabuisierung hat gravierende Folgen. Wenn sich der deutsche Parlamentarismus einen scharf begrenzten „Korridor des Legitimen“ ohne AfD und Linkspartei auferlegt, würde er nicht nur totalitäre Kräfte ausschließen, sondern auch politische Kräfte, die sich im Laufe der vergangenen 20 Jahre in Opposition zu Regierungsbeschlüssen gebildet haben. Das gilt für die Linkspartei, die in Opposition zur Hartz IV-Politik erstarkt ist. Das gilt aber auch für die AfD, die sich in Opposition zur Euro-Rettungspolitik, zur Energiewende, zur Migrationspolitik und jetzt auch zur

Klima-Rettung überhaupt erst gebildet hat. Das bestimmt die politische Biographie von Mitgliedern und Führung. Inwieweit die Positionen dieser Parteien richtig oder falsch sind, will ich hier nicht erörtern. Entscheidend ist, dass eine Ausgrenzung von AfD und Linkspartei den „Korridor“ der Alternativen und der politischen Auseinandersetzung erheblich einschränkt. Das gilt insbesondere dort, wo Richtungsentscheidungen für die Entwicklung Deutschlands anstehen. Wenn man die parlamentarische Demokratie als ein politisches Suchverfahren über den Weg eines Landes versteht, ist das eine wesentliche Einschränkung. Es ist eine Geringschätzung und ein fundamentales Misstrauen gegen dies Suchverfahren.

Die Stärke eines freien Parlamentarismus

Deshalb plädiere ich hier nicht nur gegen die Tabuisierung der AfD, sondern auch gegen ein Tabu auf der linken Seite. Dass ich den Positionen der Linkspartei alles andere als nahestehe, ist bekannt. Die Linkspartei ist auch ein Hauptbetreiber der Verfemung der AfD. Aber ist es wirklich klug, dies nun mit einer Verfemung der Linken zu beantworten – also mit gleicher Münze zurückzuzahlen? Wer wirklich von der Überlegenheit der parlamentarischen Demokratie und der damit verbundenen Auseinandersetzung überzeugt ist, wird sie nicht schon im Voraus einengen. Das kann eventuell einmal zu einer rot-rot-grünen Links-Regierung führen, die erheblichen Schaden in Deutschland anrichten wird. Aber diese Regierung kann widerlegt und abgewählt werden. Gewiss könnte man hier skeptisch auf die mediale Meinungsmanipulation hinweisen, aber auf die Dauer setzen sich Argumente (und erst recht die Wirkungen der Realentwicklung) durch. Viel gefährlicher ist es, wenn eine politische Quarantäne über Deutschland verhängt wird, die sich zu einer politischen Kultur des Duckmäusertums und Opportunismus verfestigen kann.

Die Opposition in Deutschland muss institutionell denken

Gegenüber einer Regierung, die mit der Beschwörung von Weltkatastrophen das politische Denken klein macht und nur an die Versorgungsinteressen im Lande appelliert, muss die Opposition größer denken. Insbesondere die Opposition auf der rechten Seite des Parlaments muss **eine gute Grundordnung für das ganze Land** auf ihre Fahnen schreiben – und deshalb immer wieder über den eigenen parteipolitischen Schatten springen. Sie muss auch für das Recht der linken Seite mitdenken. Ihr Anliegen muss immer auch „republikanisch“ sein. Der politische „Citoyen“, das Staatsvolk als Gemeinschaft der Staatsbürger, wird durch das gesamte Parlament in seiner ganzen Breite repräsentiert und nicht nur durch eine begrenzte Auswahl.

Hingegen hat die lange Folge von Merkel-Regierungen den Parlamentarismus eng gemacht. Das ist die Signatur der Merkeljahre, die – mit drei großen Koalitionen – in den Geschichtsbüchern stehen wird. Allein schon die unaufhörlich wiederholten, Lager übergreifenden Koalitionen, die in der früheren Bundesrepublik eine als Notlösung empfundene Ausnahme waren, haben das Denken in politischen Alternativen und die Legitimität der politischen Konkurrenz untergraben. Der Parlamentarismus als Suchverfahren wurde damit zerstört – zerstört durch einen zugleich weichen und zähen politischen Dirigismus, der wie ein nasser Sack auf unserer freiheitlichen Demokratie liegt.

Im Bann der „Mitte“

Wir haben alle die Inszenierungen der Merkel-CDU bei Parteitag vor Augen. Da prangt immer in riesigen Lettern das einsame Wort mit dem riesigen Machtanspruch an der Saalfont: „Die Mitte“ (mit einem Punkt dahinter). Was für eine Anmaßung ist in dieser Inszenierung enthalten. Von einem kleinen Punkt aus, von ein paar Personen - letztlich von einer Person – soll „die Politik“ abgedeckt werden. Das ist so präventiv wie jene Volkswagen-Werbung, die vorgab „das Auto“ schlechthin zu produzieren. Oder wie die deutsche Fußball-Nationalmannschaft, die unter dem Titel „die Mannschaft“ inszeniert wurde.

Das „Prinzip Mitte“ erweckt zunächst den Eindruck, ein Prinzip der Zurückhaltung und des Maßhaltens zu sein, also ein Mittel gegen Extremismus und Totalitarismus. Aber es enthält auch eine sehr bedenkliche, autoritäre, „zentristische“ Fracht: Man will von einem sehr begrenzten politischen Standpunkt einen großen politischen Gesamttraum abdecken. Diese Maßlosigkeit der Mitte wird sofort klar, wenn wir den Politiker oder die Partei, die „die Mitte“ sein wollen, näher in den Fokus nehmen. Sie ist zu eng, um Alternativen Raum zur Entfaltung zu lassen. Alternativen sind aber das Grundelement der modernen Demokratie. Deshalb verleiht sie „Macht auf Zeit“ und eröffnet damit die Möglichkeit, die in einer oder zwei Legislaturperioden getroffenen Entscheidungen zu verändern. Sie bewegt sich im Wechsel konkurrierender Grundrichtungen. Dafür muss sie immer die Fähigkeit bewahren, alternative Mehrheiten zu bilden. Sie muss, um es mit anderen Worten auszudrücken, die Unterscheidung zwischen „rechts“ und „links“ bewahren – wobei die Richtungen, was „rechts“ oder was „links“ beinhaltet, in der Geschichte wechseln. Ebenso können die beiden Flügel durch jeweils eine Partei oder Parteikoalitionen gebildet werden.

Wichtig ist, dass eine parlamentarische Demokratie ihre Flügel ausbildet und ausbreitet – und nicht zu einer Mittelposition zusammenschrumpft. Die klassischen freiheitlichen Demokratien haben sich in Flügeln bewegt – wer wollte behaupten, dass sich das nicht bewährt hat und heute „veraltet“ ist?



Deutschland befindet sich in einer ambivalenten Zwischenlage,
die immer weniger haltbar ist. Die deutsche Politik steht vor
Entscheidungen, die sie nicht länger aufschieben kann.
(Hilflos im Bann der Mitte, Teil 2)

Für eine politische Mehrheit, die sich was traut

27. Februar 2020

Ein Land kann in einer Situation sein, wo die Dinge weiterlaufen können, wie sie sind. Wo das politische Leben eher ruhig dahinläuft, weil die politischen Kontroversen, die es sehr wohl gibt, keinen großen Einsatz haben. Ein anderes Szenario liegt vor, wenn ein Land in ei-

ner extremen Bedrohung- oder Notlage ist. Dann müssen die Parteien lagerübergreifend zusammenstehen und eine Regierung „der nationalen Einheit“ (so sagte man früher) bilden. Und schließlich gibt es noch eine dritte Situation: Das Land ist nicht in einer Extremlage, aber es braucht große, einschneidende Reformen, an deren Härte es nicht gewöhnt ist. Dann gibt es weder die Möglichkeit des ruhigen Weiter-So, aber es gibt auch nicht die Notwendigkeit zu einer Einheitsregierung.

In dieser Situation wird es scharfe Kontroversen im Parlament geben, und ein Flügel muss vorangehen. Er muss offen bei den Bürgern um eine durchgreifende Mehrheit werben. Er muss für eine Mehrheit kämpfen, „die sich etwas traut“. Solche Situationen hat es in den Gründungs- und Aufbaujahren der Bundesrepublik durchaus gegeben: als es um die marktwirtschaftliche Ordnung, die Westbindung oder die Schaffung von Bundeswehr und Wehrdienst ging. Hier war kurzfristig kein Konsens zu finden, und es musste doch eine Entscheidung gefällt werden. Deutschland konnte nicht in Unentschiedenheit verharren. Das war später auch bei der deutschen Wiedervereinigung so. Andere Nationen haben in den vergangenen 100 Jahren noch mehr solcher Situationen gehabt: Man denke an Großbritannien, wo - von Churchill über Thatcher zu Johnson – immer ein Kampf um „mutige“ Mehrheiten bei stark kontroversen großen Entscheidungen geführt werden musste.

Und nun gibt es Anzeichen, dass diese „dritte Situation“ für Deutschland in den 2020er Jahren gilt. Die Bundesrepublik wird vor schwierigen, kontroversen Entscheidungen stehen, die sich nicht vertagen lassen. Deutschland braucht eine mutige parlamentarische Mehrheit.

Die Arbeitskrise

In Deutschland gibt es ein rasch wachsendes Problem, Arbeitsplätze zu besetzen, mit denen seine Realwirtschaft steht und fällt. Dabei geht es um Facharbeiter und Ingenieure, aber auch um angelernte Tätigkeiten. Es geht um Arbeitsfelder, die physisch anstrengend und „schmutzig“ sind (Pflegekräfte, Bauarbeit, Lieferdienste, Schlachter, Klempner...), die eintönig sind (in der Industrie und anderen stark arbeitsteiligen Großorganisationen) oder die räumlich an der Peripherie liegen (die Bauern, der Arzt auf dem Land...). Das Problem ist nicht, dass es in Deutschland nicht genug Menschen gäbe, die das tun könnten. Aber es gelingt offenbar nicht, sie in ausreichender Zahl dafür zu motivieren. Die Lösung, die man gefunden hat und die man in immer größerem Umfang praktiziert hat, ist der Import von Arbeitskräften. Man lebt in der Erwartung, dass die Masseneinwanderung genau die Lücke füllt, die sich in Deutschland auf tut. Aber ein Großteil der Migranten, die nach Deutschland strömen, ist dazu nicht im Geringsten bereit. Zudem holt man sich sozialen Sprengstoff ins Land, wenn man an Ausländer das delegiert, was man den Inländern (vor allem der jungen Generation) nicht zumuten mag. Da aber liegt die Alternative – und die Schwierigkeit dieser Alternative: Deutschland muss aus eigener Kraft die physisch anstrengenden, schmutzigen, langweiligen, peripheren Arbeitsplätze besetzen. Und es muss den Scheinausweg in höhere Bildungsabschlüsse, in die Akademisierung und in die Urbanisierung der deutschen Arbeitswelt blockieren. Man ahnt schon den Aufschrei, der dann durchs Land (durch die in den Medien tonangebende gehobene Mittelschicht) gehen wird...Eine Gefälligkeits-Politik, die nur ein „freundliches Gesicht machen“ will, wird das nicht aushalten können.

Die Unternehmenskrise

Auf der Kapitalseite gibt es ein paralleles Problem: Deutschland war eine ganze Zeit lang ein Land mit einer intakten Wertschöpfung, hinter der die Produktivität seiner Industrie stand. Es war weniger von Deindustrialisierung betroffen als andere Länder. Die „Lösung“, fehlende realwirtschaftliche Wertschöpfung durch eine Politik des billigen Geldes zu ersetzen, war hierzulande zunächst verpönt. Doch inzwischen gibt es in der Wirtschafts- und Finanzpolitik viele Stimmen, die nicht nur die Verschuldungsgrenzen lockern wollen, sondern sogar für eine Schuldenpolitik in einem ganz neuen Maßstab plädieren. Dies geschieht im Zusammenhang der „Themen“ Klima, Digitalisierung, Migration etc. So hat zum Beispiel Gerald Braumberger, der unter den Herausgebern der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ den Wirtschaftsteil repräsentiert, in einem Grundsatz-Kommentar am 15. Februar („Die Bürgerlichen und das Geld“) durchblicken lassen, dass „auch für die bürgerlichen Kräfte aus der Mitte“ eine Politik notwendig sein könnte, die „das Portemonnaie öffnet“. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die darauf verweisen, dass diese Politik des billigen Geldes nicht zu einer Wiederbelebung der Wertschöpfung geführt hat – sondern zum Marsch in die Deindustrialisierung (siehe Energiewende, Automobilwende, Agrarwende). Doch diejenigen, die vor diesen Folgen einer Politik des billigen Geldes warnen, müssen redlicher Weise auch die Härten benennen, die eine Rehabilitation der Industrie beinhaltet. Sie müssen offen aussprechen, dass auf diesem Weg zwar eine Stabilisierung der Wertschöpfung im Lande möglich ist, dass aber wahrscheinlich keine großen Produktivitätssprünge in Aussicht stehen – wie sie etwa Deutschland und viele andere Länder in den 50er und 60er Jahren gemacht haben.

Soziale Mitte oder Sozialpartnerschaft?

Die beiden oben skizzierten wirtschaftlichen Krisen enthalten noch ein anderes, tieferes Problem: Sie müssen sozial von zwei verschiedenen Schichten gelöst werden, vom unternehmerischen Bürgertum auf der einen Seite und den Arbeiter und Angestellten auf der anderen Seite. Der Appell an eine „bürgerliche Mitte“ verfehlt beide Seiten. Er unterstellt einen Zusammenhalt im Status, den es nicht gibt. Die Krisen müssen über eine Politik der Sozialpartnerschaft gelöst werden, die nicht eine soziale Gleichheit (etwa bei Einkommen und Vermögen) voraussetzt. Dazu müssten beide Seiten im Parlament auch stark repräsentiert sein. Das ist heute in Deutschland nicht der Fall.

Die Krise der deutschen Positionierung in der Welt

International neigt die deutsche Politik dazu, sich über die Großmächte China, Russland, USA, zu beklagen, und gleichzeitig gegenüber anderen Ländern Machtargumente ins Feld zu führen – insbesondere in der EU und gegenüber Großbritannien. Tatsächlich aber ist die deutsche Position in der Welt fragiler und fragwürdiger geworden. Es gibt eine Positionskrise Deutschlands in der Welt. Sie betrifft die wirtschaftliche Position als „Exportweltmeister“ und die politische Position als „Moralweltmeister“ ohne realpolitisches, insbesondere militärisches Engagement. Also eine Krise zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Und hier ist die Frage, ob vor allem Ansprüche zurückgesetzt werden müssen, oder ob ein welt- und europapolitisches Großengagement angestrebt werden soll. Diese Entscheidung wird in den 2020er Jahren getroffen werden müssen.

In der Klemme zwischen den USA und der VR China

In den letzten Monaten gibt es ein gewisses Umdenken in der deutschen Wirtschaft, was den Umgang mit China betrifft. Bisher war China ein attraktiver Absatzmarkt und Investitionsstandort, weil man sich seiner Vorsprünge im Automobilbau, im Maschinen- und Anlagenbau, in der chemischen Industrie sicher war. Man sah gleichgültig zu, wie China – vor allem in Südeuropa – die dortige Leichtindustrie durch eine Exportoffensive an den Rand des Ruins brachte. Doch jetzt merkt man, dass auch jenes Segment, in dem Deutschland Vorsprünge hatte, nicht eine sichere Bank ist. China denkt nicht im Traum daran, den deutschen Fabriken eine Bestandsgarantie zu geben. Sie sind nur zeitlich begrenzt geduldet. Die deutsche Industrie könnte im Laufe der 2020er Jahre auch auf ihren heimischen Märkten unter Druck kommen. Damit erscheint der Kurs der USA unter Trump auf einmal bedenkenswerter. Im Wirtschaftsteil deutscher Zeitungen wird bereits diskutiert, ob Deutschland sich im Handelsstreit zwischen den USA und China weiterhin „neutral“ verhalten kann, oder ob es zur Einhegung der chinesischen Expansion einen Schulterchluss mit Trump praktizieren sollte. Beide Alternativen beinhalten Opfer. Das „neutral“ sieht zwar zu Beginn friedlicher aus, doch könnte es auf die Dauer die größeren Verluste bedeuten. Eine nachhaltige „Mittelstellung“ Deutschlands zwischen den USA und der VR China gibt es nicht.

Zwischen Intervention und Rückzug

Das Thema „unhaltbare Mittelstellung“ führt zur Nahost-Politik und zur Grenzsicherung im Süden Europas. Hier hat der Teil-Rückzug der USA, der durchaus den veränderten Kräfteverhältnissen in der Welt Rechnung trägt, die deutsche und europäische Politik vor eigene Entscheidungen gestellt, die sich kaum noch aufschieben lassen. Aber die Initiativen zu Syrien- und Libyen zeigen, dass eine nüchterne Erörterung von Alternativen, die die eigenen begrenzten Mittel berücksichtigen, noch nicht weit gediehen ist. Auf der einen Seite gibt es Kräfte, die recht forsch erklären, Europa (mit Deutschland in führender Position) müssten die von den USA geräumte Position einnehmen. Wobei diese neue starke Einflussnahme immer als „weiche“ Einflussnahme ohne militärische Intervention vorgestellt wird. Auf der anderen Seite ist ein Totalrückzug aus dem Nahen Osten oder vom Südufer des Mittelmeers auch keine Alternative, selbst wenn man die eigenen militärischen Mittel sehr zurückhaltend einschätzt. Die außenpolitischen Realisten in Deutschland scheinen eher auf der Suche nach mehr Kompaktheit und effizienteren Grenzen zu sein. Also vor allem eine Sicherung der mediterranen Süd- und Ostgrenze aus eigener europäischer Souveränität; dann die Anerkennung der Präsenz anderer mehr oder weniger starker Mächte (Russland, Türkei, Saudi-Arabien, Iran, Marokko); und – nur im Bündnis mit den USA – eine Verhinderung einseitiger Hegemonien und terroristischer Freiräume. Das wäre ein realistischer Beitrag zur nachhaltigen Sicherung Israels als integraler Bestandteil eines pluralen Nahen Ostens.

Zur geographischen „Mittellage“ Deutschlands in Europa

Ohne Zweifel liegt Deutschland geographisch in der Mitte Europas (zumindest in „einer“ Mitte). Das kann zu politischen Fehlschlüssen führen. Man kann sich zu einer Führungsrolle berufen fühlen („Kerneuropa“). Oder man kann sich zu einer besonderen „Offenheit“ verpflichtet fühlen – ein Argument, das man in der Debatte über die Einführung einer Autobahnmaut in Deutschland immer wieder gehört hat. Aber die geographische Mitte legitimiert nicht im Geringsten zu einer Führungsrolle Deutschlands in Europa. Und sie zwingt auch nicht zu einer grenzenlosen „Offenheit“.

Die Zweideutigkeit der „Mittelstellung“

Von der geographischen **Mittellage** muss man die **Mittelstellung** in einer Rangordnung unterscheiden. Auf globalen Ranglisten von Fläche, Bevölkerung, Bruttosozialprodukt etc. liegt Deutschland in den meisten Fällen auf einem gehobenen Mittelplatz. Das hat in der politischen Diskussion zu Formulierungen geführt, die die Zweideutigkeit zum Positionsmerkmal Deutschlands machen. Dies Land sei „ökonomisch ein Riese“ und „politisch ein Zwerg“, heißt es. Oder auch: Es sei „zu klein für eine Großmacht“ und „zu groß für einen normalen Nationalstaat“. Man könnte hier von einer „ambivalenten Mitte“ sprechen, die das Bild von Deutschland prägt. Ist diese Ambivalenz eigentlich auf die Dauer haltbar? Ist sie ein Fluch oder ein Segen? Meines Erachtens ist sie ein Fluch. Die Vorstellung einer „halben Großmacht“ führt ständig zu einem Hin und Her bei Rechten und Pflichten der Deutschen. Und in der Folge oft zu Hysterie und Hybris, das man so weder bei den Großmächten noch bei den Normalmächten findet. Dabei ist diese Ambivalenz für Deutschland historisch erledigt. Wir sind keine Großmacht, sondern eine normale Nation unter vielen. Diese kluge Selbstbegrenzung war einmal das Selbstbild der Bundesrepublik. Wir sind mit dieser Eindeutigkeit gut gefahren. Wie ist es bloß gekommen, dass wir sie verloren haben?



Die aktuelle öffentliche Debatte zeigt, wie wenig die Politik am Ende der Ära Merkel in der Lage ist, kontroverse Grundentscheidungen klar ins Auge zu fassen und offen auszutragen.
(Hilflos im Bann der Mitte, Teil 3)

Das Erbe des Merkelismus: Ein orientierungsloses Land

27. Februar 2020

Es war einmal in deutschen Zeitungskommentaren eine beliebte Formulierung, dass es die besondere Fähigkeit der Bundeskanzlerin sei, „die Dinge vom Ende her“ zu betrachten und zu gestalten. Wenn das wahr wäre, müsste heute, wo die Merkel-Jahre sich dem Ende zuneigen, die Politik auf einem guten Weg sein. Es müsste klare Orientierungslinien geben, die bloß geradewegs weiterzuverfolgen sind. Und es müssten viele Politiker und Parteien zur Verfügung stehen, die dies Erbe mit Begeisterung antreten. Doch die gegenwärtige Lage ist ganz anders. Insbesondere von der CDU scheint am Ende der Merkel-Jahre nicht viel übriggeblieben zu sein. Sie sei in der schwersten Krise seit ihrer Gründung, heißt es. Das spricht nicht gerade dafür, dass hier ein intaktes politisches Erbe und ein solides Vertrauen der wählenden

Bürger vor der Übergabe steht. Der Merkelismus hinterlässt eine taumelnde Nation. Eine orientierungslose Nation. Eine Nation, die sich selber nicht über den Weg traut.

Eine Rede des Bundespräsidenten

Am 23. Januar dieses Jahres hat der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine Rede beim Holocaust-Forum in Yad Vashem in Israel gehalten. Darin hat er Zweifel daran geäußert, ob die Deutschen dauerhaft die richtigen Lehren aus dem Nationalsozialismus gezogen habe. Steinmeier wörtlich: *„Ich wünschte, sagen zu können: Wir Deutsche haben für immer aus der Geschichte gelernt. Aber das kann ich nicht sagen, wenn Hass und Hetze sich ausbreiten.“* Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik ist so etwas von einem hohen Repräsentanten des Staates gesagt worden. Es ist eine Kollektivanklage gegen die Deutschen. Der Bundespräsident beschwört im Angesicht der Holocaust-Gedenkstätte und vor der Weltöffentlichkeit eine neue NS-Stimmung in Deutschland. Was muss in dem Mann vorgehen, dass er all die Anstrengungen der Deutschen, zu den Ursachen dieser finstersten Jahre der deutschen Geschichte vorzustoßen, der Tiefe der Schuld auf die Spur zu kommen und für sie zu büßen, zerreißt wie ein Stück Papier? In seiner Rhetorik häufen sich Formulierungen wie „Deutsche haben...“, „Es waren Deutsche, die...“ Deutsche, Deutsche, Deutsche – es scheint dem Redner darauf anzukommen, diese Identität, die nun einmal die geschichtliche Grundlage ist, auf der wir fortleben, in aller Öffentlichkeit zu vernichten. Als sei nun endlich die wahre und tiefste Ursache von Holocaust, Völkermord und Angriffskrieg gefunden: das Deutsch-Sein.

Eine zweite Rede des Bundespräsidenten

Einen Monat später, am 14. Februar, hält Steinmeier eine Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz. Auszüge der Rede sind in der FAZ vom 15.2. abgedruckt. Man fängt an zu lesen und stößt im zweiten Absatz auf folgende Passage: *„Ich wünschte, sagen zu können: Wir haben auch als Staatengemeinschaft für immer aus der Geschichte gelernt, nach 1945 und dann nach 1989. Aber wir werden heute Zeugen einer zunehmend destruktiven Dynamik der Weltpolitik. Vom Ziel internationaler Zusammenarbeit zur Schaffung einer friedlicheren Welt entfernen wir uns von Jahr zu Jahr weiter. Die Idee der ‚Konkurrenz der großen Mächte‘ bestimmt nicht nur die Strategiepapiere unserer Tage. Sie prägt auch von neuem die Wirklichkeit rund um die Welt, und Spuren lassen sich verfolgen bis in die endlosen, opferreichen Kriege im Mittleren Osten und in Libyen.“* Von neuem taucht also die Formel „Ich wünschte, sagen zu können“ auf. Steinmeier benutzt dieselbe rhetorische Figur wie in Yad Vashem. Doch diesmal werden nicht die Deutschen auf die Anklagebank gesetzt, sondern die ganze Staatengemeinschaft – insbesondere Russland, China und die USA. Da haben wir die Ambivalenz: Die dramatische Selbstbezeichnung wird nun zur dramatischen Fremdbezeichnung. Nun sind „wir“ nur noch „Zeugen“ einer gefährlich-destruktiven Dynamik der Weltpolitik. Andere sind die Täter. Steinmeier denunziert die „Idee der Konkurrenz der großen Mächte“. Was bietet er dagegen auf? Eine andere Idee? Keineswegs, denn sein Schlüsselsatz in der Rede lautet: „Europa ist der unabdingbare Rahmen für unsere Selbstbehauptung in der Welt.“ Das ist eine Konkurrenz-Vorstellung und zwar eine Vorstellung, bei der die Größe den Ausschlag gibt. Wieso eigentlich braucht Deutschland diesen größeren Rahmen? Anderen Nationen in der Welt gelingt es doch auch, sich ohne ein solches Großraum-Gebilde zu behaupten.

Die deutsche Rolle in Europa wird zweideutig

Eine Rollenumkehr in Und auch eine europapolitische Ambivalenz wird hier sichtbar: Eine Zeitlang, besonders kurz nach der Wende 1989, hieß es, Deutschland müsse europäisch „**eingebunden**“ werden, damit es nicht wieder imperiale, kriegerische Ambitionen bekommt. In der Rede von Steinmeier ist von einem Eingebunden-Werden nicht mehr die Rede. Nun heißt die Devise „Deutschland muss das geeinte Europa **zusammenhalten**“ (so der FAZ-Titel zum Bericht über die Steinmeier-Rede). Deutschland soll nun in der Rolle des Europa-Machers sein, der im Namen des größeren „Rahmens“ auf andere Länder Einfluss nimmt. Wir erinnern uns: Wie lautete das Argument, mit dem man mit allen Mitteln Großbritannien vom Brexit abbringen wollte? Ja, richtig, es hieß: Ihr seid zu klein, um Euch selbst zu behaupten. Ihr seid auf uns, die EU, angewiesen. Und mit dieser typischen Großmacht-Erpressung will man den Briten jetzt ein Handelsabkommen zu den Bedingungen der EU aufzwingen.

Der bayrische Ministerpräsident Söder spricht

In der FAZ (12.2.2020) erschien ein Interview mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Söder (CSU). Dort wird Söder die Frage gestellt „Wie soll es weitergehen, in Deutschland, mit der CDU?“ Er antwortet: *„Damit Thüringen nicht zum Fanal für die Schwäche unserer Demokratie wird, braucht es mehr als eine bloße Reparatur: Wir brauchen eine grundlegende Neuaufstellung. Die Union muss in den nächsten Tagen und Wochen ihre grundsätzlichen Linien klären. Es geht nicht darum, nur schnell einen Kanzlerkandidaten zu benennen. Wichtiger ist zu klären, mit welchen programmatischen und geistigen Grundüberzeugungen die Union Deutschland in das nächste Jahrzehnt führen will.“* Das Wort „grundlegende Neuaufstellung“ hört sich vielversprechend an. Doch im Laufe des Gesprächs kassiert Söder alle Hoffnungen auf einen Politikwechsel. Es wird nicht eine einzige politische Entscheidung der letzten Jahre genannt, die CDU und CSU in der nächsten Legislaturperiode überprüfen und gegebenenfalls korrigieren wollen. Die „Neuaufstellung“ scheint eher eine verbale Übung zu sein.

Für eine Partei, die in den letzten beiden Jahrzehnten viele Positionen geräumt hat, und die das Land auf lauter Baustellen gesetzt hat, deren Abschluss in immer weitere Ferne rückt, ist das sehr wenig. Die Leute wollen endlich greifbare Resultate der „Rettungen“ und „Wenden“ sehen. Doch Söder verspricht ein „versöhnendes Konzept für die Zukunft“, wie es an einer Stelle heißt. Er bewegt sich in einem Raum jenseits aller konkreten Positionen. In einem metapolitischen Raum, in dem es keine harten Entscheidungsfragen gibt. Hier kann das Gegensätzlichste „versöhnt“ werden. Söders Neuaufstellung ist eher ein Werbespot, um die größtmögliche Wählerschaft zu erreichen. Und fürs Polit-Marketing hat Söder recht: Es ist unklug, irgendeine Abwendung von Merkels Politik zu signalisieren (weil beim Marketing überhaupt jede Abwendung kontraproduktiv ist).

In der entsprechenden Passage des Interviews sagt Söder: *„Wer glaubt, dass ein Anti-Merkel-Wahlkampf zum Erfolg führen könnte, der irrt. Ein Bruch mit der eigenen Vergangenheit führt am Ende immer zum Bruch mit sich selbst. Für die Wähler wird man so nicht attraktiver. Die CDU von heute ist auch eine andere Partei als vor 20 Jahren. Es muss also möglich sein, auf dem bisher Erreichten Neues zu entwickeln, und ein versöhnendes Konzept für die Zukunft zu beschreiben.“* Das ist eine bizarre Argumentation. Denn die eigene Vergangenheit von CDU/CSU reicht ja weiter zurück als bis zu Merkel. Wer nur an Merkel weiter anschließen will, bekräftigt daher den Bruch, den ihre Politik bedeutet: den Bruch der CDU/CSU mit sich selbst. Söders Politik beruht also darauf, die Geschichte und Identität der CDU/CSU vor Mer-

kel als Grundlage zu verneinen – sie sogar völlig zu löschen. Sie wird gar nicht mehr erwähnt. Da steht es: Die CDU/CSU ist „eine andere Partei als vor 20 Jahren“.

Die FAZ-Redaktion mischt mit

Am 14. Februar, mitten in der CDU-Ratlosigkeit über Kurs und Personal, fand im Berliner „Ballhaus“ eine Veranstaltung mit Friedrich Merz statt. In der FAZ (15. Februar) berichtete Julia Löhr über die Veranstaltung, und zwar durchaus sachlich. Die Bemerkung von Merz, dass es reiner Zufall sei, dass die Sturmtiefs, die gerade über Deutschland ziehen, weibliche Namen tragen, wird von Löhr nicht gleich skandalisiert. Und dem bösen Merz-Wort vom „Gesindel“ der AfD wird der Widerspruch von Alexander Gauland gegenübergestellt. Alles gut also? Aber da ist die merkwürdige Überschrift des FAZ-Artikels. Sie lautet „Ein Land vor unserer Zeit“. Die Überschrift ist in keiner Weise durch den Inhalt des Berichts gedeckt. Es handelt sich um eine Bewertung, die von außen dem Text übergestülpt ist. Wer ein bisschen mit dem Zeitungs-Machen vertraut ist, weiß, dass Überschriften häufig von Redaktionen nachträglich und ohne Rücksprache mit dem Autor eingesetzt werden. Und dann blättert man weiter in derselben FAZ und da taucht sie noch einmal auf, die Formel „Ein Land von gestern“ – in einem Kommentar von Helene Bubrowski. Der Kommentar bezieht sich auch auf die Veranstaltung mit Friedrich Merz, aber der Kommentar behandelt einzig und allein die Bemerkung von Merz über die Frauennamen von Sturmtiefs. Bubrowski erweckt hier den Eindruck, Merz habe sich damit über die Frauen lustig gemacht – was seine Worte überhaupt nicht hergeben. Aber die Autorin verfolgt hier sichtlich ihre eigene Agenda. Sie will Merz (und die gesamte Versammlung im „Ballhaus“) als „Welt von gestern“ präsentieren und damit die CDU an zwei Linien spalten: „Frauen gegen Männer“ und „Neue Welt gegen alte Welt“. Offenbar laufen in der Redaktion der FAZ schon Positionskämpfe um die Parteienlandschaft der Post-Merkel-Ära. Die Formel „Ein Land von gestern“ wird noch häufiger auftauchen. Mit ihr will man allen Versuchen, die Irrwege der Merkeljahre zu korrigieren, ein „gestern“ aufkleben.

Ein Fazit

Wir befinden uns in einer Übergangszeit. Und in gewisser Weise in einer Generaldebatte – allerdings einer unklaren und eher unbewussten Generaldebatte. In dieser Debatte geht es um mehr als die Krise einzelner Parteien. Es geht darum, ob die Fixierung auf eine „Mitte“, die alle größeren Entscheidungen aus einem übergreifenden Konsens heraus entwickeln will, noch haltbar ist. Deutschland braucht eine politische Mehrheit, die sich was traut. Angesichts der Anpassungszwänge, vor denen dies Land steht, ist es falsch, jegliche Ausübung von Mehrheitsmacht zu tabuisieren. Es gibt Zeiten, in denen Entscheidungspflichten wichtiger sind als die Konsenspflichten. Vor diesen Zeiten steht Deutschland. In diesem Sinne wird es hierzulande „machtpolitischer“ zugehen. Aber diese Machtpolitik wird aus politischer Verantwortung geschehen, und nicht ein Ausdruck von persönlicher Willkür und Machtgier sein. Dieser Wandel wird wohl nicht sofort eintreten, aber es gibt gute Gründe, dass dies im Laufe des nun beginnenden Jahrzehnts geschehen wird. Auf kurze Sicht muss man zunächst skeptisch sein. Das spürbare Ende der Ära Merkel wird zu einer Übergangszeit führen, in der sich Öffnungen ergeben, um eine andere Politik zu beginnen und dem Bann der „Mitte“ zu entkommen. Aber diese Öffnungen werden klein und kurz sein. Der Mitte-Komplex, zu dem auch die Massenmedien gehören, wird seine Muskeln spielen lassen und mit allen Mitteln

versuchen, seine Macht zu behaupten. Deshalb ist auf die kleine Öffnung, die die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen darstellte, sofort eine so unerbittliche und konzertierte Reaktion erfolgt. Je hilfloser die Mitte wird, umso mehr zeigt sie ihr hässliches, aggressives Gesicht. Es ist daher vor allem ein (Selbst-)Ablenkungsmanöver, wenn das politische Geschehen in Deutschland unter die Devise „Hauptschlag gegen die Bedrohung von rechts“ gestellt wird.

Umso wichtiger ist es für die Opposition, die Sach-Probleme und dringenden Entscheidungen des Landes in den Vordergrund zu stellen.